



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

31. Januar 2005

PRESSEMITTEILUNG

Veröffentlichung eines Berichts über die Bankenstrukturen in den neuen EU-Mitgliedstaaten

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat heute einen Bericht mit dem Titel **Banking structures in the new EU Member States** (Bankenstrukturen in den neuen EU-Mitgliedstaaten) veröffentlicht. Diese Veröffentlichung wurde vom Ausschuss für Bankenaufsicht des Europäischen Systems der Zentralbanken, der sich aus Vertretern der nationalen Zentralbanken und der Bankenaufsichtsbehörden der EU und der EZB zusammensetzt, erstellt.

Der Bericht, der sich vor allem auf Daten für das Jahr 2003 stützt, untersucht die Struktur des Bankensektors in den zehn neuen Mitgliedstaaten, die der EU am 1. Mai 2004 beigetreten sind, und gibt einen kurzen Überblick über die Veränderungen, die im Vorfeld des EU-Beitritts eingetreten sind. Er zeigt auch die bedeutenden Herausforderungen auf, vor denen die Bankensektoren der neuen Mitgliedstaaten im Bereich der Finanzstabilität und Aufsicht stehen.

Die wesentlichen Ergebnisse des Berichts lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die meisten Bankensektoren der neuen Mitgliedstaaten weisen gewisse gemeinsame strukturelle Merkmale auf und haben in relativ kurzer Zeit ähnliche Strukturveränderungen erfahren. In den vergangenen Jahren hat das Bankgewerbe in den neuen Mitgliedstaaten aufgrund des beträchtlichen Fortschritts bei der realen und nominalen Konvergenz in Richtung EU15 unter günstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen gearbeitet. So konnten die Banken dank der guten makroökonomischen Rahmenbedingungen und des hohen Kreditwachstums im Allgemeinen ihr Ergebnis für das Jahr 2003 steigern, und sie verfügen über ein angemessenes Eigenkapitalpolster. Nach wie vor spielt die Finanzintermediation in den neuen Mitgliedstaaten nur eine geringe Rolle; mehr noch als die EU-15-Länder bedienen sich die neuen Mitgliedstaaten stärker der Mittlertätigkeit der Banken als der Finanzmärkte. Zwei

typische Merkmale der meisten Bankensektoren in den neuen Mitgliedstaaten sind eine große ausländische Präsenz und eine vergleichsweise hohe Konzentration.

- Empirische Belege deuten darauf hin, dass das hohe Niveau ausländischer Beteiligungen in den neuen Mitgliedstaaten offenbar eine stabilisierende Wirkung auf das Kreditangebot ausübt. Ausländische Banken können auch in anderer Hinsicht – zum Beispiel über einen Wissenstransfer oder die Einführung besserer Risikomanagementsysteme - zur Vertiefung der Finanzsektoren in den neuen Mitgliedstaaten beitragen.
- Trotz der recht hohen Konzentration besteht ein intensiver Wettbewerb an den Bankenmärkten der neuen Mitgliedstaaten, der sich teilweise aufgrund der zunehmenden Integration der EU-Bankensektoren noch weiter verschärfen dürfte. Dies könnte zwar positive Wohlfahrtsimplikationen haben, aber auch Druck auf die Margen und Rentabilität der Banken ausüben. Allerdings dürfte dieser Druck durch die schnell wachsenden Kreditvolumen und den erwarteten Anstieg der zinsunabhängigen Erträge kompensiert werden. In einigen Ländern hat das hohe Kreditwachstum bereits Reaktionen seitens der nationalen Behörden ausgelöst.
- Es gibt Hinweise darauf, dass sich der Rahmen für die Bankenaufsicht und -regulierung in den neuen Mitgliedstaaten seit Ende der Neunzigerjahre erheblich verbessert hat. Eine bedeutende Herausforderung für die Bankenaufsicht könnte sich aus der besonderen Kapitalstruktur und der potenziellen Umwandlung von Auslandstöchtern in Zweigstellen ergeben. So müssen insbesondere die Koordination und der Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden im Gast- und Heimatland verbessert werden, wenn zum Beispiel eine ausländische Zweigstelle im betreffenden neuen Mitgliedstaat von systemischer Bedeutung im Gastland ist, aber nur einen geringen Anteil an den Gesamtaktivitäten der Bankgruppe hat.

Der vollständige Bericht kann auf der Website der EZB (<http://www.ecb.int>) unter „Publications“ abgerufen werden. Druckfassungen können kostenfrei schriftlich bei der EZB unter folgender Adresse angefordert werden:

<p style="text-align: center;">Europäische Zentralbank Abteilung Presse und Information Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404 Internet: http://www.ecb.int Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.</p>
